

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

15.06.2018

Erst einmal kühlen Kopf bewahren

Es ist ein beispieleloser Vorgang, dass Präsident Trump nachträglich seine Zustimmung zur G7-Abschlussklärung zurückgezogen hat. Mit diesem unerwarteten Schritt hat der US-Präsident der wertebasierten Zusammenarbeit der führenden westlichen Wirtschaftsnationen einen schweren Schlag versetzt. Wenn es noch eines Weckrufes für Europa bedurft hätte, dann ist er jetzt erklungen. Die Europäer müssen ihr Schicksal endlich in die eigenen Hände nehmen. Diese Herausforderungen gilt es nun besser geeint, als gespalten zu bewältigen.

Auch bei der Ordnung und Steuerung der Migration in Deutschland gilt es jetzt kühlen Kopf zu bewahren, vor allem bei Diskussionen mit unserer Schwesterpartei, die mit Vehemenz geführt wird.

Dabei geht es darum, dass wir, CDU und CSU, das gemeinsame Ziel verfolgen, die Migration in unser Land besser zu ordnen, zu steuern und die Zahl der zu uns kommenden Menschen deutlich zu verringern. In der aktuellen Debatte geht es nun um einen Vorschlag, die Zurückweisung an der Grenze vorzunehmen.

Wir als CDU haben die Sorge, dass ungeordnete Zurückweisungen an unseren Grenzen, als Land im Herzen Europas, nicht der richtige Weg sind und zu einem negativen Dominoeffekt des Europäischen Einigungswerks führen. Eine solche Maßnahme, die ohne Absprache mit unseren Nachbarländern und zu Lasten Dritter vollzogen würde, birgt die Gefahr, Europa weiter zu spalten und zu schwächen. Aus dieser Überzeugung heraus hat Angela Merkel dem Innenminister folgenden Kompromissvorschlag unterbreitet:

1. Sofortige Zurückweisung an der Grenze von denjenigen, die bereits einen Asylantrag gestellt und eine Ablehnung erhalten haben.
2. Auf der Grundlage von bilateralen Vereinbarungen, Zurückweisung von denjenigen, die bereits ein

Asylantrag in einem anderen europäischen Land gestellt haben.

Zur Umsetzung dieses Vorschlags hat die Parteivorsitzende gestern das Präsidium und die CDU Abgeordneten im Deutschen Bundestag um ein Mandat zur Verhandlung dieser bilateralen Vereinbarungen im Umfeld des EU Rates am 28. und 29. Juni 2018 gebeten. Zur Stärkung der deutschen Verhandlungsposition soll bis dahin auf einseitige, nationale Maßnahmen der Zurückweisung verzichtet werden. Sowohl das CDU Präsidium als auch die CDU Abgeordneten im Deutschen Bundestag sind diesem Wunsch gefolgt und haben ihr mit großer Zustimmung Unterstützung zugesichert.

Horst Seehofer besteht im Gegensatz dazu weiter auf einer vorzeitigen nationalen, einseitigen Maßnahme ohne Abstimmung mit unseren Nachbarländern und ohne auf den Ausgang der Verhandlungen in den nächsten zwei Wochen zu warten.

Damit stehen wir vor einer Herausforderung – die Sicherheit Deutschlands zu gewähren durch eine stabile Situation im Inneren und in Europa. Wir wollen diese beiden Ziele gemeinsam mit unserer Schwesterpartei CSU erreichen: Die Sicherheit nach innen, die Sicherheit durch europäischen Zusammenhalt und die Sicherheit durch eine starke CDU- und CSU-Achse. Dafür werden wir uns, auch in dieser schwierigen Situation, weiter mit aller Kraft einsetzen. Nur so können wir weiterhin gemeinsam mit der CSU eine Union bleiben, auf die die Menschen setzen, die immer deutsch und europäisch gedacht und gehandelt hat.

Sichere Grenzen und Migrationssteuerung

Zum Schutz ihrer Außengrenzen und zur Bewältigung der Migration soll die EU nach dem Willen der EU-Kommission erheblich mehr Geld in die Hand nehmen als bisher. Sie will die Mittelausstattung dafür im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2021 bis 2027 verglichen zum laufenden Haushaltsrahmen nahezu verdreifachen. Insgesamt sollen 34,9 Milliarden Euro für Migration und Grenzmanagement zur Verfügung stehen, schlug die Kommission vor. Der aktuelle Mehrjahreshaushalt sieht dafür 13 Milliarden Euro vor. Der Erste Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans sprach von einer „beispiellosen“ Mittelaufstockung. Die EU wisse, dass Migration auch künftig eine Herausforderung bleiben wird. In die Sicherung der Grenzen sollen 21,3 Milliarden Euro fließen. Der Kommissionsvorschlag sieht unter anderem vor, einen neuen separaten Fonds für integriertes Grenzmanagement zu schaffen und die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache durch ein neues ständiges Korps von rund 10.000 Grenzschutzbeamten zu verstärken. Europäisches Parlament und Mitgliedstaaten müssen sich zunächst auf die Ausstattung des Mehrjahreshaushalts sowie der einzelnen Haushaltsposten einigen. ([Weitere Infos](#))

Mehrheit für europäische Migrationspolitik

Die Mehrheit der Deutschen ist laut einer aktuellen Studie für eine gemeinsame europäische Migrationspolitik. 85 Prozent der Bundesbürger gaben bei der Eurobarometer-Umfrage an, für ein gemeinsames Vorgehen auf diesem Politikfeld zu sein, wie die EU-Kommission am Donnerstag in Brüssel mitteilte. 14 Prozent der Befragten in Deutschland sprachen sich dagegen aus. Europaweit wollen im Schnitt nur 68 Prozent der Bürger eine gemeinsame Migrationspolitik. (KNA)

Gedenken an Opfer des 17. Juni 1953

Am 17. Juni jährt sich der Jahrestag des Volksaufstandes in der damaligen DDR zum 65. Mal. Daran erinnert die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gitta Connemann: "Es waren mutige Frauen und Männer, die vor 65 Jahren gegen das Unrecht der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der DDR auf die Straße gingen. Der Aufstand war die Antwort auf das Diktat von Normerhöhungen und Unfreiheit. Die Sehnsucht nach freien Wahlen, der Wunsch nach Meinungs- und Versammlungsfreiheit war ihr Antrieb. Für uns heute im wiedervereinigten Deutschland sind diese Grundrechte selbstverständlich. Die Menschen in der DDR begaben sich damals dafür in

Lebensgefahr. Die Ereignisse des 17. Juni 1953 haben uns auf beiden Seiten der Mauer geprägt. Es war der erste Meilenstein auf dem Weg eines zerrissenen Volkes in die Einheit. Unsere Fraktion steht für eine konsequente Aufarbeitung der SED-Diktatur - auch über das Jahr 2019 hinaus. Politische Häftlinge, die in der DDR hinter Gitter saßen, können nach derzeitiger Rechtslage nur noch bis Ende 2019 die gegen sie verhängten Urteile überprüfen und aufheben lassen. SED-Unrecht darf aber kein Verfallsdatum haben. Das sind wir den Opfern schuldig. Wir stehen für die Aufarbeitung von Stasi und Zwangsadoption, Schießbefehl und Unterdrückung. Deshalb wollen wir das Stasiunterlagengesetz, mit dem hauptamtlich oder inoffiziell für die Staatssicherheit Tätige überprüft werden, bis 2030 verlängern und die Stasiunterlagenbehörde zukunftsfest machen."

Digitalpakt für Schulen

Bund und Länder wollen bis Ende des Jahres eine Vereinbarung über den geplanten Digitalpakt für die Schulen schließen. Bis Herbst soll der Bund einen ersten Entwurf dazu vorlegen. Darauf einigten sich Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) und die Kultusminister der Länder am Freitag. Karliczek machte klar, dass sie am Ziel festhält, den Digitalpakt für schnelles Internet an den Schulen 2019 zu starten. Ab dann sollen fünf Milliarden Euro in fünf Jahren in die Kommunen fließen, kündigte sie auf der Kultusministerkonferenz (KMK) in Erfurt an. „Wir haben letzte Fragen ausgeräumt. In den Ländern kann jetzt der Glasfaserausbau bis in die Schulen organisiert werden.“

Tierrechte und Jäger

Die deutsche Jägerschaft geht auf Konfrontationskurs zu Tierschützern. Es gebe eine Tierrechtslobby, die gefährliche antidemokratische Allmachtsphantasien entwickle, warnte der Deutsche Jagdverband (DJV) anlässlich des Bundesjägertages am Freitag in Bremen. Um Menschenrechte für Tiere durchzusetzen, schreckten radikale Verfechter auch vor Beleidigungen und Straftaten nicht zurück. „Dies können und werden wir nicht tolerieren“, so DJV-Präsident Hartwig Fischer. (dpa)

Zitat

„Natürlich musste man einem Treffen zustimmen. Wenn man das nicht tut, wissen Sie, was dann passiert? Dann hat man einen Atomkrieg.“ (US-Präsident Donald Trump in einem Live-Interview am Freitag im Sender Fox News nebenbei zur Frage, wie das Treffen mit Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un zustande kam. dpa)